

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 681

Mittwoch, 29. Mai 2019

26. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Pablo Ceto: "Sozialprogramme machen die Leute unfähig zu eigenem Handeln"	1
80 % der Parteien, die bei den Wahlen antreten, sind nur für die traditionelle Familie.....	3
Bericht: 39 MenschenrechtsverteidigerInnen wurden zwischen 2017 und 2018 ermordet.....	4
PDH vom Geheimdienst verfolgt?.....	5
Erstes Quartal 2019: 24.590 Geburten von Mädchen zwischen 10 und 19.....	5
Vorbereitung für Internationale Begleitung in Guatemala.....	6

Editorial

Der Wahlkampf geht voran. Von den einst 24 (Vize-)PräsidentenskandidatInnen sind noch 20 da. In dieser Ausgabe wollen wir das Interview der Prensa Libre mit dem URNG-Kandidaten Pablo Ceto wiedergeben. Es fand schon am 3. Mai statt, also als Zury Rios, Thelma Aldana, Maurice Radford und Mario Estrada noch im Rennen waren.

Die Redaktion überlegt, in der folgenden Ausgabe die entsprechenden Interviews mit dem Convergencia-Kandidaten Benito Morales und EG-Kandidat Manfredo Marroquín gekürzt zu bringen. Diese folgende Ausgabe wäre schliesslich die letzte vor der ersten Wahl. Und beide gehören zu den wenigen KandidatInnen, die integer sind. Thorben Austen, unser Freund aus Xela, hat noch ein Interview mit einem lokalen Kandidaten der URNG angekündigt.

Die übrigen KandidatInnen fischen weitgehend im reaktionär-konservativen und christlich-fundamentalistischen Wasser und sehen sich genötigt, die traditionelle Familie zu schützen. Auch die – nach eigenem Verständnis Mitte-links-Stehende - Sandra Torres ist auf diesen Zug aufgesprungen, um die grosse Chance auf eine Präsidentschaft nicht zu verpassen.

Was gibt es sonst? Der staatliche Geheimdienst verfolgt den Ombudsmann für Menschenrechte, Jordan Rodas. Die Zahl der ermordeten MenschenrechtsaktivistInnen ist unzumutbar hoch.

Pablo Ceto: "Sozialprogramme machen die Leute unfähig zu eigenem Handeln"

Guatemala, 3. Mai – Der Präsidentschaftskandidat der URNG-Maíz. verneint, dass seine Partei auf ihrer Agenda habe, Dienstleistungen zu nationalisieren. Es gehe darum, die Produktivität, insbesondere bei der Nahrungsmittelerzeugung, zu steigern. Er tat dies am 2. Mai im Interview mit dem TV-Sender Prensa Libre.

Warum wollen Sie Präsident werden?

Weil für die Partei URNG die Umsetzung des Friedensvertrages von 1996 noch nicht umgesetzt worden ist. Wir wollen uns dieser Umsetzung im Sinne unseres Landes widmen und einen Prozess starten, der die historischen, sozialen und strukturellen Ursachen des bewaffneten Konfliktes überwindet. Ein weiterer Grund ist, dass die Armut und Unterernährung zugenommen haben und wir da einen Ausweg finden müssen, ohne die weiteren Probleme wie die Unsicherheit der BürgerInnen, die fehlenden Arbeitsplätze, die fehlende Gesundheitsversorgung und Bildung und die Korruption, zu vernachlässigen.

Wie wollen Sie die Umsetzung des Friedensvertrags wiederbeleben?

Wir müssen die grossen Eckpunkte wieder aufgreifen. Wir sagen, dass es notwendig ist, die wirtschaftliche Situation im Land zu verbessern, weil wir ein Land sind, das grosse natürliche Ressourcen hat und eine sehr arbeitsbereite Bevölke-

rung, mit der wir den Reichtum und das Wohlergehen des Landes eigentlich sichern können müssten. Aber man kann die Armut nicht bekämpfen, wenn man keine Werte erwirtschaftet. Deshalb müssen wir andere Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik setzen als die bisherigen.

Wie wollen Sie Reichtum schaffen?

Wir haben in diesem Land einen grossen Erfahrungsschatz mit Kooperativen, sei es im Kunsthandwerk, in der Landwirtschaft, in der Erhaltung der Wälder. Daher sollte diese Form der Wirtschaft gefördert werden, jedoch nicht als einzig mögliche, da es in verschiedenen Wirtschaftsbereichen unterschiedliche Mechanismen gibt. Was die indigenen Völker angeht, so haben diese ihre eigenen Institutionen geschaffen, um Reichtümer zu schaffen, mit denen sie überlebt haben, trotz der fehlenden Unterstützung des Staates.

Meinen Sie im formellen oder im informellen Sektor?

Wenn der Staat in diesem Sinne sein Bestes tun will, muss er Bedingungen verändern, damit sich die informellen Sektoren formalisieren können. Nur so werden sie in den Genuss von Leistungen des Staates gelangen.

70 % der Arbeitenden tun dies im informellen Sektor. Wie wollen sie das ändern?

Das ist ein längerer Prozess. Wir werden gesetzliche Grundlagen und Institutionen schaffen, um die Wirtschaftsstruktur in den Gemeinden zu verändern und in den Sektoren zu investieren, die vom übrigen Land abgekoppelt sind. Dieser Prozess ist nicht nur die Aufgabe einer Regierung, sondern wird zwanzig Jahre andauern müssen. Daher können wir in vier Jahren nur eine Grundlage legen, mit den wirtschaftlichen, sozialen und kommunalen AkteurInnen diskutieren.

Welche Art von Projekten möchten Sie fördern?

Das hängt von der Region ab. In Alta Verapaz wird zum Beispiel Kardamon produziert. Im Falle von Almolonga sind es die Pflanzen, die sie in andere zentralamerikanische Staaten exportieren. Anders ist es beim Schutz der Wälder im Petén. Das heisst, je nach Region werden die Projekte anders aussehen, aber sie müssen im Konsens zwischen Staaten und den Gemeinden, den Völkern und den Sektoren der Mehrheit der Bevölkerung geschehen.

Haben Sie etwas gegen den Export einiger bestimmter Produkte?

Nein, ausschliessen können wir nichts. Wir leben in einer globalisierten Welt und wir würden uns wünschen, dass unsere Produkte exportiert werden könnten und dass die Erlöse dem Gemeinwohl zugutekommen.

PING-PONG

Was fällt Ihnen spontan bei den folgenden Begriffen ein?

Die Linke: Sie blühen auf. Es gibt viele linke soziale und politische Organisationen.

Privatkapital: Das gibt es im Land, ist notwendig und muss mit anderen Formen des Kapitals kombiniert werden.

Ixil Universität: Es ist eine Erfahrung des Volkes der Ixil, wie sie eigene Bildungsinstitutionen begründen kann, um ihr Wissen und ihre Kosmvision wieder zu erlangen.

Zentralamerikanisches Parlament Parlacén: eine Institution für die zentralamerikanische Integration, deren Ruf aus verschiedenen Gründen in Mitleidenschaft gezogen wurde, die aber notwendig ist.

Bewaffneter Konflikt: Ist Teil der Geschichte unseres Landes, eine Nachwirkung der Revolution von 1944.

Álvaro Colom: Der erste Präsidentschaftskandidat der URNG im Jahre 1999, leider hat er heute Probleme mit der Justiz.

Rigoberta Menchú: Friedensnobelpreis.

Kollektive Verträge: Sind notwendig, um die Interessen des Staates, der ArbeitgeberInnen und der ArbeitnehmerInnen auszugleichen.

Triángulo Norte: Begriff für El Salvador, Guatemala und Honduras im Zusammenhang mit Migration und Drogenhandel.

Efraín Ríos Montt: Er trägt die Verantwortung für einen Genozid und ist gestorben.

Pakt der Korrupten: So nennt die Allgemeinheit jene wirtschaftlichen Kräfte, die im Kongress und der aktuellen Regierung wichtige Entscheidungen treffen.

Nicolás Maduro: Der im Juni von einer grossen Anzahl zum Präsidenten Venezuelas gewählt wurde.

Wasserkraftwerke: Sind notwendig. Aber wir müssen sie verändern, weil sie soziale Gemeinschaft zersetzen.

Freihandelsabkommen: Sind notwendig.

Codeca: Eine Organisation, die für die Bedürfnisse jener eintritt, die den Strom nicht bezahlen können, weil die Preise nicht gerecht sind.

Strassenblockaden: Das ist eine Methode, die das Volk hat, wenn die Regierung sie nicht anhört.

Friedensverträge: Sie markieren eine Roadmap für Guatemala.

Familie: Ist ein wichtiger Kern der Gesellschaft; sie existiert nicht ohne eine Gemeinde.

Todesstrafe: Sie löst nichts und ist eine Entscheidung der Justiz.

Abtreibung: Diese Fälle muss man schützen, weil Leben verloren gehen.

Worin unterscheiden sich diese Projekte von Sozialprogrammen?

Die Sozialprogramme hatten etwas von Klientelismus und wir glauben, dass dabei viel Geld in diesem Land verschwendet wird. Daher sollte das so nicht mehr weiter praktiziert, sondern verändert werden. Wir reden nicht davon, sie einzustellen, sondern sie zu verändern. Was aber nicht geht, sind diese Solidaritätskörbe. Die sind nur Almosen für die Leute, aber sie fördern nicht die Produktion, sondern schwächen die Leute.

Wie wollen Sie die Sozialprogramme denn verändern, mit welchen Zielen?

Wir müssen fast alles ändern, weil sie so gut wie gar keine strukturellen Probleme lösen. Daher müssen wir sie in Übereinstimmung mit der Bevölkerung neu angehen. Die Bevölkerung muss sie kontrollieren und anwenden können, weil nicht die FunktionärInnen die Veränderungen in den Ministerien angehen werden.

Wie lange werden Sie dafür brauchen?

Das muss in den ersten Monaten passieren, weil wir leider mit ExpertInnen, BeraterInnen rechnen müssen. Es gibt aber Universitäten, die Studien darüber gemacht haben.

Sie treten als URNG ganz alleine an. Haben Sie das Für und Wider der Entscheidung analysiert?

(...) Wir haben mit fast allen Parteien gesprochen. Wie es so ist, wir sind nicht zu der Breite der Übereinstimmung gekommen, die notwendig gewesen wäre. Aber wir werden Allianzen mit kommunalen Sektoren eingehen.

Warum ist es so schwer, die Linken unter einer Vision zu vereinen?

Jede politische Partei hat das Interesse, sich eigenständig zu etablieren. Deshalb sagen wir: OK, jeder kämpft für sich, und was wir gewonnen haben, geben wir nach der Wahl wieder zurück.

Warum gab es das Treffen zwischen URNG und Thelma Aldana?

Was unsere Beziehung zu Thelma Aldana angeht, wir haben mit ihr geredet, aber wir sind zu keiner Einigung gelangt. Die Zeiten gehen voran, der Wahlkampf-Kalender ist voll, aber wir glauben, dass wir einige Diskussionsthemen geöffnet haben und doch einiges gemeinsam haben.

Wo liegt die Stärke von URNG-Maíz?

Wir hatten einen direkten Abgeordneten für Huehuetenango und haben gesehen, dass das so bleibt. Es gibt ähnliche Möglichkeiten in San Marcos und in Alta Verapaz. Ebenso haben wir Aussichten an der Costa Sur.

Die MLP (Bewegung für die Befreiung der Völker) könnte ein Wettbewerber dort sein, oder?

In Cotzal haben sie einen alten Freund von der URNG aufgestellt. Daher haben wir entschieden, nicht dagegen zu opponieren, sondern ihn zu unterstützen. Dadurch haben wir in einigen Regionen gegenseitigen Respekt aufgebaut. Konkret haben wir 85 Sitze auf Landkreisebene.

Wenn es keinen Streit zwischen den Linken gibt, wer ist dann ihr Gegner?

Die, die sagen, sie werden die SiegerInnen sein, werden die letzten sein. Das Problem ist ja auch, was mit den drei Kandidatinnen ist, die die Umfragen anführen. Da gibt es Unsicherheit. Wir sehen das als Chance.

Wie viele Abgeordnete denken Sie zu stellen?

Wir haben 30 KandidatInnen aufgestellt und derzeit sind wir dabei zu schauen, wie es gelaufen ist. Es gibt Regionen, wo es ganz gut läuft, daher erwarten wir, dass die Mehrheit der 30 auch gewählt wird.

80 % der Parteien, die bei den Wahlen antreten, sind nur für die traditionelle Familie

Guatemala, 21. Mai – 15 der 20 (Vize-)PräsidentenskandidatInnen haben eine Vereinbarung unterzeichnet, in der sie sich verpflichten, "die Familie und die traditionelle Ehe zu verteidigen". Das Dokument nennt sich Erklärung für das Leben und die Familie und wurde von der <Vereinigung Familie ist wichtig> (AFI). Die Vielfalt der Liebe hat eine erhitzte Diskussion in Guatemala entfacht. Über die gleichgeschlechtliche Ehe zu sprechen bedeutet, die Zündschnur im Kongress zu legen. Dort, wo polemische und rückwärtsgewandte Gesetzesentwürfe diskutiert werden, etwa die 5272, um solche Art von Ehen zu verhindern. Die ultrakonservativen Gruppen, angeführt von einigen evangelikalischen Pastoren, haben eine Front mit der Legislative gebildet, um die Gesetzesinitiative des Abgeordneten Aníbal Rojas (VIVA) zu fördern und solche 2017er Initiative wie die von Sandra Morán (Convergencia) abzuwehren, die das Strafgesetz reformieren und die Homophobie sanktionieren wollte.

Die Kandidatin Sandra Torres (UNE) will da nicht aussen vor bleiben und tat sich mit den Konservativen zusammen, um die Stimmen jener zu sammeln, die glauben, dass sich Straffreiheit für Abtreibung gegen das Leben und die guten Sitten im Lande richten. Nach der Unterzeichnung von Leben und Familie, schrieb Torres auf Twitter: „Wir gedenken aller Seelen derer, die die Abtreibung verteidigen, weil sie den Mord legalisieren. #PorTiyTuFamilia #NoAlAborto“

Torres vergass dabei, dass die Diskussion über Abtreibung über die Frage Abtreibung ja oder nein hinausgeht. Es ist ein Gesundheitsthema, eines über Missbrauch und sexuelle Angriffe gegen Mädchen in Guatemala. In einem Land, in dem die Zahlen der Vergewaltigungen ein beschämendes Niveau erreicht haben.

Im Jahre 2018 hat das Forensische Institut INACIF von 5.483 Untersuchungen wegen Vergewaltigung von Minderjährigen unter 20 Jahren berichtet. 33 % davon wurden an Mädchen zwischen 5 und 9 Jahren begangen. Und wer sagt, dass das wenig sei – in den ersten drei Monaten des Jahres 2019 wurden alleine 641 Fälle von Vergewaltigungen gegen Mädchen zwischen 10 und 14 bekannt, die dann Mütter wurden. 641 Fälle. Das heisst, dass jeden Tag mindestens sieben Mädchen, die keine 15 Jahre alt sind, Verantwortung erhalten für ein Baby. Darüber spricht Sandra Torres nicht. In diesen Momenten versucht sie nur Stimmen zu fangen, woher auch immer. Doch wenn sie sich an den Hasstiraden gegen die LGBTIQ-Gemeinde und gegen jene Organisationen, die für sexuelle und reproduktive Rechte eintreten, beteiligen will, dann soll sie das tun.

Erschwerte Ermittlungen wegen illegaler Wahlkampffinanzierung der UNE 2015

Ein anderes Thema der Nachrichten von Dienstag betraf auch Sandra Torres: die Fortschritte in der Ermittlung über illegale Wahlkampffinanzierung der UNE 2015. Die Staatsanwaltschaft gegen Straffreiheit (FECI) koordinierte gemeinsam mit der CICIG zwölf Razzien in Räumlichkeiten, meist von Unternehmen, in den Zonen 1, 3, 10 und 14 der Hauptstadt. Aufgrund der Ermittlungen hatte es einen (erfolglosen) Antrag auf Aufhebung der Immunität gegen die Kandidatin gegeben – auch gegen vier weitere PolitikerInnen. Die Ermittlungen der FECI gegen Torres gingen weiter, obwohl die Staatsanwälte Juan Francisco Sandoval und Andrei Vladimir González von Torres angezeigt wurden. Sie nutzte dabei das Gesetz gegen Femizide, um Massnahmen zu ihrem Schutz einzufordern, damit die Justizangehörigen “Torres weder belästigen noch beunruhigen.”

Laut den bisherigen staatsanwaltlichen Erkenntnissen nutzte die UNE, die 2015 Sandra Torres als Kandidatin aufstellte, drei Unternehmen, um Mittel für die Finanzierung der politischen Kampagnen fliessen zu lassen. Die genutzten Unternehmen, Maariv S.A., Promotora de Recursos Habitacionales S.A., die Gruppe Empresarial San Felipe S.A., dienten als Umschlagplätze für Einnahme und Verwaltung von Wahlkampfgeldern. Mittels der Unternehmen verhinderten sie Kontrollen der Obersten Wahlbehörde (TSE) über nicht gemeldete Spenden in einer Höhe von mehr als 20 Millionen Quetzales (= 2,27 Mio. Euro). (...)

Erinnern Sie sich an das <Liebesspiel> zwischen der RichterIn und Sandra Torres, als letztere das Gesetz gegen Femizide nutzte, um die Zeitung El Periódico davon abzubringen, kritisch über die Kandidatin zu berichten? Es gab einen kurzen Aufschrei gegen diesen Anschlag auf die freie Presse. Torres sagte in einem Video, dass sie die Anzeige zurückziehen werde und den Dialog mit der Presse suche. Auf der anderen Seite aber sagte sie, dass das alles Sache ihrer AnwältInnen sei und sie da gar nichts damit zu tun habe. Sie pochte auf die Wichtigkeit der freien Presse, aber oft fehle es dieser an Respekt und sie missbrauche ihre Freiheit für Diffamierungen. Sie fühle sich als Opfer einer Lügenkampagne. El Periódico hält sich übrigens weitgehend an das Urteil, berichtete aber gleichwohl über die Durchsuchungen der FECI und benannte die UNE und ihre Wahlkampffinanzierung als Hintergrund derselben. (Nómada/La Hora)

Bericht: 39 MenschenrechtsverteidigerInnen wurden zwischen 2017 und 2018 ermordet

Guatemala, 21. Mai – Das Menschenrechtsbüro (PDH) und das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen veröffentlichten einen Bericht über die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala. Darin heisst es, dass zwischen 2017 und 2018 39 von ihnen ermordet wurden.

Der Ombudsmann, Jordán Rodas, wies darauf hin, dass alleine 2018 26 von ihnen getötet wurden, also alle zwei Wochen eine/r. Er bedauerte auch das Schweigen der Regierung zu diesen Morden.

Das Dokument hob die Risiken hervor, denen sich indigene AktivistInnen, Aktive für Frauenrechte und LGTBIQ-Rechte, JournalistInnen RichterInnen und AnwältInnen von Opfern des bewaffneten Konfliktes ausgesetzt sehen.

Ursachen für diese Risiken der MenschenrechtsverteidigerInnen sind das begrenzte Verständnis für Menschenrechte, die Unsicherheit über Landbesitz, Territorien und natürliche Ressourcen, Korruption und Straffreiheit sowie institutionelle Schwäche.

In Bezug auf JournalistInnen heisst es in dem Bericht, dass gegenüber der Staatsanwaltschaft 213 Anzeigen eingereicht wurden, die Angriffe auf JournalistInnen beinhalten, die etwas veröffentlichten, das sich gegen die Interessen der mächtigen Gruppe richteten. (La Hora)

PDH vom Geheimdienst verfolgt?

Guatemala, 21. Mai – Der Ombudsmann für Menschenrechte (PDH), Jordán Rodas, erklärte heute, dass er sich seit dem Zeitpunkt einer Veröffentlichung in der Zeitung *elPeriódico* vom Sekretariat für Strategische Geheimdienstarbeit (SIE) verfolgt fühlt.

“Ja, ich als Ombudsmann fühle mich hier schutzlos verfolgt vom Geheimdienst. Sie können sich vorstellen, wie sich dann die MenschenrechtsverteidigerInnen in den ländlichen Regionen fühlen müssen”, sagte Rodas in seinen Ausführungen zu dem Bericht über die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen (siehe Artikel oben).

Danach entgegnete Rodas auf die Frage von JournalistInnen, warum er diese Erklärung ausweiten werde, dass er diesen Bericht speziell an den Leiter der SIE, Mario Duarte schicken werde und ihn zur Stellungnahme über diese Überwachung auffordert.

“Sofort nachdem ich Informationen über die Funktionen dieses Herrn Duarte erhalten habe, haben wir sie aufgefordert. Der Geheimdienst ist nicht dazu da, Personen mit öffentlichen Ämtern zu verfolgen. Er ist dazu da, Risiken für den Staat vorzusehen. Solche Praktiken aber wirken wie ein Rückschritt in die (dunkle) Vergangenheit”, sagte er. In seiner Erklärung bezog sich Rodas auf Marlon Mariño Machorro, der laut einer Veröffentlichung der Zeitung *La Hora* beauftragt worden war, den Ombudsmann zu verfolgen. Rodas fordert Aufklärung darüber von Mario Duarte.

“Wenn wir sehen, dass auf dem Land diese Formen des Bedrängens existieren, aber gegen den Prokurator auch, dann stimmt etwas nicht an dem System. Hoffentlich stellt sich dies nicht als wahr heraus, aber ich werde stets die passenden Aktivitäten einleiten”, versicherte Rodas.

Erinnerungen an Schutzmassnahmen

Rodas erinnerte daran, dass er derzeit auf Schutzmassnahmen durch die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) zähle und versicherte, dass es eine Zuwiderhandlung des Staates gegenüber den auferlegten Schutzmassnahmen wäre, wenn diese in der Überwachung des Ombudsmanns bestünde.

Zudem wies er darauf hin, dass er dem Leiter der SIE eine Frist von fünf Tagen gesetzt habe, bis zu der er ihm einen Bericht über die Funktionen des Herrn Mariño Machorro übergeben soll. Dieser habe den zweithöchsten Posten in dieser Geheimdiensteinheit. Der Menschenrechtsbeauftragte erläuterte, dass er die Aufmerksamkeit auf einen vor ein paar Tagen erschienenen Artikel aus der Zeitung *elPeriódico* über den Sachverhalt lenken wolle. Was er derzeit tun könnte, sei den genannten Bericht einzufordern sowie Massnahmen zu seinem Schutz, wie es die CIDH dem guatemaltekischen Staat verordnet habe.

La Hora versuchte eine Stellungnahme des Leiters der SIE, Mario Duarte, über die Ausführungen von Rodas zu erhalten, aber bis Redaktionsschluss habe dieser weder auf Anrufe noch auf SMS-Anfragen reagiert.

Erstes Quartal 2019: 24.590 Geburten von Mädchen zwischen 10 und 19

Guatemala, 21. Mai – Die Beobachtungsstelle zu Sexueller und Reproduktiver Gesundheit (OSAR) registrierte 24.590 Geburten von Mädchen und Heranwachsenden zwischen 10 und 19 Jahren im ersten Quartal 2019.

Marisol (fiktiver Name) ist 12 Jahre alt und lebt in Huehuetenango und brachte ein Baby zur Welt. Der Vater ist ein Nachbar von 65 Jahren. Er sagte Marisol, dass er sie und ihre Familie dabei unterstützen würde, der Armut zu entkommen und alles dazu Notwendige in die Wege leiten würde, unter der Bedingung, dass sie ihn heirate.

Das Mädchen wurde schwanger, der Mann floh, als er davon hörte. Ein Fall von sexueller Gewalt.

Dieser Fall von Marisol ist einer der 24.590 von OSAR registrierten Fälle, erklärte die Koordinatorin der Beobachtungsstelle, Ana Victoria Maldonado.

Maldonado sagte weiterhin, dass diese Fälle einige Gemeinsamkeiten hätten: z.B. dass die Mädchen keine protokollierten Behandlungen erhalten haben, weil sie ein Licht werfen würden auf normale Schwangerschaften und nicht auf solche mit Kaiserschnitt. Ein hoher Prozentsatz der Fälle wurde nicht in einem Krankenhaus behandelt, sondern von Hebammen, die dies dem Gesundheitsministerium meldeten.

Laut offiziellen Statistiken des Personenregisters und den Beobachtungen der OSAR stieg die Zahl der Geburten von Müttern zwischen 10 und 19 Jahren im vergangenen Jahr auf 77.700.

OSAR verglich die Zahlen von Babys von minderjährigen Mädchen zwischen 10 und 19 Jahren ersten Quartale der Jahre 2017, 2018 und 2019: Von Januar bis März 2017 waren es 18.279, 2018 21.467 und 2019 eben 24.590. Die Departamentos mit den höchsten Zahlen sind Guatemala, Huehuetenango, Quiché, San Marcos und Quetzaltenango.

Forderungen

Zu den Forderungen von OSAR gehört die Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen und der Schwangerschaft von Heranwachsenden. Die legalen Rahmenbedingungen des Gesetzes für eine gesunde Mutterschaft müssten eingehalten werden, der Plan zur Senkung der Todesrate von Müttern bei der Geburt 2015-2010 müsse endlich umgesetzt werden: Dabei geht es um die Komponenten Familienplanung, Beobachtung der Todesfälle von Müttern, Einstellung von Personal in diesem Bereich und eine angemessene Wohnumgebung sowie soziale Partizipation.

Zudem wurde gefordert, dass 15 Prozent der Alkoholsteuer für die reproduktive Gesundheit eingesetzt werden sollten, um die Versorgung mit Empfängnisverhütungsmethoden sicherzustellen und Investitionen zu verstärken.

Vorbereitung für Internationale Begleitung in Guatemala

Berlin, 23. Mai - CAREA e.V. ist Mitglied des Internationalen Begleitprojekts ACOGUATE und bereitet einmal jährlich Freiwillige auf ihren Einsatz in Guatemala vor. ACOGUATE organisiert seit 2001 die Begleitung bedrohter Aktivist*innen durch internationale Freiwilligenteams.

Als Freiwillige*r erhältst du zu Beginn deines mindestens 6-monatigen Aufenthaltes eine zehntägige Einarbeitung vor Ort. Anschliessend bist du in einem Team für die Begleitung der Zeug*innen und anderer Menschenrechtsverteidiger*innen zuständig. Du begleitest die Menschen und Organisationen in ihrem Alltag, auf Reisen, Treffen, Veranstaltungen und zu Gerichtsverhandlungen. Die damit verbundene Aufmerksamkeit für die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger*innen vergrössert ihre Handlungsspielräume und leistet somit einen Beitrag zu ihrem wichtigen Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte und Gerechtigkeit.

Zudem gewinnst du als Freiwillige*r Einblicke in die spannenden Prozesse von politischer Selbstorganisation und Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Neben den Prozessen um die Aufarbeitung der Vergangenheit sind Konflikte um Land und natürliche Ressourcen ein zentrales Spannungsfeld in Guatemala. Auch hier sind Menschen und Gemeinden, die sich organisieren, massiver staatlicher Repression und Kriminalisierung ausgesetzt. Daher begleitet ACOGUATE auf Anfrage auch Aktivist*innen im Widerstand gegen Staudamm-, Bergbau- und weitere Grossprojekte.

Während deines Aufenthaltes bekommst du von ACOGUATE eine Unterkunft und anteilig Reise- und Verpflegungskosten im Rahmen des Projekts gestellt. Bei Bedarf besteht die Möglichkeit sich von CAREA e.V. den Flug bezuschussen zu lassen. Falls du studierst, kannst du dir die Arbeit bei ACOGUATE sehr wahrscheinlich als Praktikum anrechnen lassen.

Voraussetzungen für den Einsatz in Guatemala: Teilnahme am Vorbereitungsseminar, sehr gute Spanischkenntnisse, Teamfähigkeit, physische und psychische Belastbarkeit, ein Mindestalter von 23 Jahren sowie die Möglichkeit, Teile des Aufenthaltes selbst zu finanzieren.

Das inhaltliche Programm der Vorbereitungsseminare:

In Vorträgen, Arbeitsgruppen und Rollenspielen werden grundlegende Kenntnisse vermittelt wie Geschichte und Politik Guatemalas, Menschenrechte und Menschenrechtsverletzungen, aktuelle Situation in Guatemala. Es wird weiterhin die Arbeit der Partnerorganisation ACOGUATE sowie die Aufgaben als Begleiter*innen vorgestellt und Themen wie Trauma, Konflikt(bearbeitung), Privilegien und Gender, etc. behandelt. Gemeinsame Pausen und Abendaktivitäten geben die Möglichkeit, sich gemeinsam auszutauschen.

CAREA e.V. ist Mitglied des Internationalen Begleitprojekts ACOGUATE und bereitet in Deutschland die Freiwilligen auf ihren Einsatz in Guatemala vor. Eine Teilnahme ist Voraussetzung für die Begleitarbeit in Guatemala, verpflichtet aber keineswegs zur Ausreise. Vielmehr informieren wir über die Situation in Guatemala und stellen die Begleitarbeit vor. Auch Menschen die sich noch nicht sicher sind, ob sie als Menschenrechtsbegleiter*innen nach Guatemala gehen wollen, sind auf dem Seminar willkommen!

Das nächste Seminar findet vom **05.12. bis 08.12.2019 in der Nähe von Kassel** statt. Inhalte sind u.a. Geschichte und aktuelle Situation in Guatemala, Vorstellung des Begleitprojektes, Klärung der eigenen Motivation, Verhalten in Konfliktsituationen. Das Seminar kostet 80 bis 100EUR nach Selbsteinschätzung (inkl. Unterkunft und Verpflegung) zzgl. Fahrtkosten zum Seminarort und 10 € für einen Guatemala-Reader.

Die Anmeldung zum Seminar erfolgt über unser Berliner Büro (Tel. 030 - 4280 5666, E-Mail: info@carea-menschenrechte.de). Bitte meldet euch rechtzeitig an!

Saludos cordiales, Manuel Respondek (CAREA)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6